

Im Arbeitskreis Sucht und Psychiatrie der Gesundheitskonferenz wurden die von Herrn Kresse angefragten, nachstehend aufgeführten Eckpunkte für einen psychosozialen Krisendienst verabschiedet. Aus Gründen, die heute nicht mehr ergründet werden können, wurde von der Weiterverfolgung der Thematik abgesehen.

**Eckpunkte für einen psychosozialen Krisendienst im Rhein-Kreis Neuss (auf Basis der Workshopergebnisse „Krisendienst“ vom 17.09.2008)**

- Am Krisendienst sollen psychiatrisch sehr erfahrene Personen beteiligt sein (u.a. Erfahrung mit Suizidalität / anderen psychosozialen Krisen / ...) ⇒ regelmäßige Weiterbildung muss sichergestellt werden.
- Der Krisendienst soll in jedem Fall auch aufsuchend tätig sein ⇒ Tandemlösung.
- Der Krisendienst soll als institutionsübergreifendes Modell organisiert werden. Denkbar ist z.B. die Gründung eines Vereines. Daran sollten sich möglichst alle infrage kommenden Institutionen im Rhein-Kreis Neuss beteiligen.
- Die niedergelassene Ärzteschaft wird sich daran im Einzelfall beteiligen, nicht jedoch als institutionalisierter Vertragspartner. Auch das St.-Josef/St.-Alexius-Krankenhaus sieht keine Möglichkeit der ärztlichen Beteiligung.
- Die Organisation und Koordinierung soll durch eine neutrale Stelle erfolgen. Vorgeschlagen werden a) der Sozialpsychiatrische Dienst des Rhein-Kreises Neuss b) die Betreuungsstelle des Rhein-Kreises Neuss, c) die Sozialpsychiatrischen Zentren und d) die Jugend und Familienhilfe gGmbH.
- Zur Steuerung sollte ein Beirat eingerichtet werden. Dieser könnte ein Unterarbeitskreis der Steuergruppe Sucht und Psychiatrie werden.
- Der Krisendienst soll täglich in der Zeit von 18.00 bis 8.00 Uhr tätig sein, an den Wochenenden und feiertags rund um die Uhr.
- Die Vorhaltung eines Krisenbettes wird als sinnvoll erachtet.
- Die Finanzierung soll als Mischfinanzierung realisiert werden. Im Raum steht der Vorschlag einer Mischfinanzierung: 75% Rhein-Kreis Neuss, 25% Landschaftsverband Rheinland. Auch Krankenkassen sollen angesprochen werden - es gibt Modelle, bei denen diese mitfinanzieren (Bremen und München werden genannt).